

Helmut Böttiger

WER WILL EINEN
3. WELTKRIEG
UND
WENN JA, WOZU?

MICHAEL IMHOF VERLAG

INHALT

6	1. Soll mit dem Ukrainekrieg der Dritte Weltkrieg entfacht werden?
23	2. Drei Weltkriege für eine Neue Weltordnung?
29	3. Die Vorgeschichte zum Ersten Weltkrieg
31	3.1 Russland und der Westen S.11
40	3.2 Die Machtverschiebung durch die deutsche Einigung
45	3.3 Unterschiedliche Bestrebungen der Dreikaiserreiche in Europa
49	3.4 Die Rolle des Kolonialismus bei der Vorbereitung zum Ersten Weltkrieg?
55	4. Wie kam es zum Ersten Weltkrieg
55	4.1 Politische Ereignisse bei Auslösung des Kriegs
66	4.2 Englands geschichtliche Sonderentwicklung
73	4.3 Das wachsende Problem des Kolonialismus und seine Lösungsstrategie
80	4.4 Die Rolle der USA im Zuge der Lösungsstrategie
88	5. Erster Weltkrieg und die Wahldemokratie
88	5.1 Erst eine Vorbemerkung: Der Fall Lusitania
91	5.2 Der Krieg und die Veränderung der Gesellschaft, z. B. in Russland

94	5.3 Der deutsche Zusammenbruch zunächst ohne Revolution
101	5.4 Der Aufbau der Sowjetunion
107	6. Die Vorbereitung Deutschlands – das Dritte Reich
109	6.1 Zum Beispiel der Kapp-Putsch
113	6.2 Bildung des Nationalsozialismus
127	6.3 Die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs
135	6.4 Einleitung des eigentlichen Zweiten Weltkriegs
145	7. Die Nachkriegsentwicklung
146	7.1 „Operation Gladio“
152	7.2 Beispiel „Klima-Angst“
158	7.3 Die Machtentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg
162	8. Und wohin geht die Reise?
168	Anmerkungen

1. SOLL MIT DEM UKRAINE- KRIEG DER DRITTE WELT- KRIEG ENTFACHT WERDEN?

Vielleicht? Manche befürchten dies nicht ohne Grund. Formal herrscht in der Ukraine kein Weltkrieg, auch wenn sich bereits viele Länder an diesem Krieg mit Waffen, Spezialisten und angeblich „Freiwilligen“ beteiligen. Noch handelt es sich um einen militärisch starken, scheinbar national geführten Grenzkonflikt. Aber neben den nationalen, also rein territorialen Interessen sind vor allem auch direkte Bevölkerungsinteressen betroffen. Aber vor allem scheint es dabei um Weltherrschaft und die Zukunft der Menschheit insgesamt zu gehen, also letztlich um eine „Neue Weltordnung“. Im Unterschied zu den früheren territorialen Kriegen um Landerobierung oder Verteidigung sind Weltkriege Kriege, die um die Weltherrschaft insgesamt und im Zusammenhang mit einer neuen, veränderten Weltordnung geführt werden. Ist der Ukrainekrieg eine Einleitung zum Dritten und letzten Weltkrieg, um die endgültig letzte Weltordnung der Menschheit?

Schauen wir den Ukrainekrieg zunächst etwas genauer an, danach die ersten beiden Weltkriege, ihre eigentliche Planung und die damit verfolgten Absichten.

Das strittige Gebiet, um das es in der Ukraine geht, die Krim mit Sewastopol und einige westliche Distrikte Russlands, gehörte bis 1953 zu Russland. 1954 hatte es der 1894 im Gouvernement Kursk geborene sowjetische Nachfolger Stalins, Nikita Chruschtschow, der ukrainischen Sowjetrepublik zugewiesen. Die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten ist weitgehend russisch und spricht „russisch“, eine andere Sprache als ukrainisch. Jedenfalls unterscheiden sich die russischen und ukrainischen Dialekte deutlich.

Wenn es nur ein anderer Dialekt wäre, so wurde dieser von der durch einen eigenartigen Aufstand 2014 an die Macht gelangten ukrainischen Regierung plötzlich nicht mehr – wie zuvor – als Amtssprache anerkannt. Das Gleiche galt für die bisher eingeräumten und gesetzlich anerkannten Formen der Eigenständigkeiten der nun umkämpften ehemals russischen Regionen. Diese hatten sich nach dem Umsturz in Kiew gegen deren Maßnahmen zur Wehr gesetzt. Inzwischen hat Wolodymyr Selenskyj sogar die russisch-orthodoxe Kirche in der Ukraine strikt verboten, ihre Kirchen geschlossen und bekennende russisch-orthodoxe Priester gefangen genommen.

Schon bald arteten nach dem Regierungsumsturz in Kiew Streitigkeiten zwischen der neuen Zentralregierung und den ehemals russischen Gebieten im Osten der Ukraine in bewaffnete Demonstrationen, militärische Konflikte und kriegेरische

Auseinandersetzung aus. Es gab seitens Russlands geopolitische Verhandlungsaufforderungen und sogar gewisse Verhandlungsergebnisse, die aber nicht zur Beendigung der Kampfhandlungen umgesetzt wurden.

Vor 2022 sind offiziell keine Eingriffe seitens der russischen Zentralregierung in diesem Konflikt bekannt geworden. Ob es zu Waffenlieferungen und Eingriffen von Freunden und Verwandten aus der russischen Nachbarschaftsregion kam, ließ sich offiziell auch nicht nachweisen, kann aber wohl angenommen werden. Es gab Einwände Russlands gegen die Vorgänge in der Ostukraine mit entsprechenden Verhandlungsangeboten, die aber nicht umgesetzt wurden.

Für diese Verhandlungsschwierigkeiten gibt es allerdings eine Vorgeschichte. Bei vorherigen Verhandlungen über das neue Verhältnis zwischen den aus der Sowjetunion herausgelösten Teilen Russlands und dem Westen war der für Russland wichtigste Punkt die Zusage, dass die NATO nicht weiter in Richtung Russland ausgeweitet werde. Diese Zusage der USA gab damals zum ersten Mal offiziell am 9. Februar 1990 James Baker III, der US Secretary of State, den Vertretern Russlands – sowohl Michail Gorbatschow als auch Boris Jelzin. Letztere betonten beide die Wichtigkeit dieser Zusage und stimmten daraufhin unter anderem der Wiedervereinigung Deutschlands zu. Die US-Zusage wurde von verschiedenen US-Regierungssprechern wiederholt. Damit endete praktisch der Ost-West-Konflikt.

Wichtig war für das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine auch das „Budapester Memorandum“ vom 5. De-

zember 1994, das die gegenseitige staatliche Souveränität der beiden Länder vorsah. Dabei verpflichteten sich die USA, Russland und Großbritannien zur Einhaltung der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Kasachstans, von Belarus und der Ukraine. Die Vertreter Russlands betonten damals, dass sie den Kalten Krieg beenden, Teil der Weltwirtschaft werden und die wirtschaftliche Zusammenarbeit anstreben wollen. Im gleichen Jahr soll laut Jeffrey Sachs, der in zahlreiche Regierungsbesprechungen der USA involviert gewesen war, US-Präsident Bill Clinton bereits einem Plan zugestimmt haben, die Ukraine doch in die NATO aufnehmen zu wollen. Sachs benennt für diese Behauptung Zeugen, aber keine Beweise.

Bei einem Staatsbesuch von Boris Jelzin am 31. März 1997 in Kiew beschloss man einen Grundlagenvertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft beider Staaten.

Im gleichen Jahr hatte der US-Strategie und ehemalige Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter und erste Direktor der Trilateralen Kommission, Zbigniew Brzezinski, in seinem Buch *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* (New York 1997) geschrieben: Die USA müsse „für mindestens eine Generation und vorzugsweise länger“ an einer bevorzugten Machtposition festhalten, „die sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer politischer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft“ entwickeln solle.¹

Das klingt noch recht harmlos, bis dann folgt: „Aber bis es soweit ist, lautet das Gebot, keinen eurasischen Herausforde-

rer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen könnte“. Weiter hieß es dort: „Die Unabhängigkeit der Ukraine werde Russland seiner beherrschenden Position am Schwarzen Meer berauben, weil Odessa das unersetzliche Tor für seinen Handel mit dem Mittelmeerraum und der Welt jenseits davon war. ... Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. ... Unter geopolitischem Aspekt stellt der Abfall der Ukraine einen zentralen Verlust dar, weil er Russlands geostrategische Optionen drastisch beschnitt ... (und) dabei das erneute Entstehen eines Eurasischen Imperiums vermeiden kann.“ Als langfristige Aufgabe bleibe dabei das Problem zu lösen, wie man das erneute Entstehen eines eurasischen Imperiums vermeiden kann.² Brzezinskis Familie gehörte zum polnischen Adel und stammte aus der Stadt Bereschany in der heutigen Ukraine.

Dann kam Putin. Vom 31. Dezember 1999 bis 2008 war er und seit 2012 ist er wieder gewählter Präsident der Russischen Föderation. Sein wichtigstes Ziel war und ist wohl noch, eine gute friedliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa zu unterhalten. Doch damals führte der Westen (gerade mittels zahlreicher neu erwachter „Aufständischer“) Krieg gegen Jugoslawien, insbesondere gegen Serbien, ein Russland nahestehendes Land. Dabei wurde der Kosovo von Serbien abgetrennt und Belgrad, Serbiens Hauptstadt, Mitte 1999 78 Tage lang heftig bombardiert. Im abgetrennten Kosovo errichteten die USA einen großen NATO-Militärstützpunkt ein, den damals noch am nächsten von Russland gelegenen Militärstützpunkt.

Im gleichen Jahr 1999 starteten auch die NATO-Expansionen mit dem Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik. Russland beklagte das, hielt sich dabei aber zurück, möglicherweise, weil keines dieser Länder unmittelbar an Russland angrenzte, wenn man von der angeeigneten Enklave Königsberg absieht. Putin startete damals vielmehr mit pro-europäischen und pro-amerikanischen Vorschlägen und Anregungen. Er bot sogar an, dass Russland selbst der NATO beitreten wolle. Darauf wurde aber seitens des Westens gar nicht eingegangen.

Am 13. Juni 2002 traten die Vereinigten Staaten plötzlich, einseitig und unvorbereitet aus dem ABM-Vertrag über *die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen* aus. Dieser unbefristet geltende Rüstungskontrollvertrag war am 28. Mai 1972 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossen worden und galt für Russland als dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion uneingeschränkt weiter. Danach sollte der Ausbau der Raketenabwehrsysteme eingegrenzt werden. Dies war ein Teil der SALT-I-Vereinbarungen. Nach dem Austritt stationierten die USA ihre Aegis-Raketen zuerst in Polen und dann in Rumänien, von wo aus sie Moskau in wenigen Minuten erreichen würden. Russland konnte dies nur als direkte Bedrohung seiner nationalen Sicherheit betrachten. Ein Jahr später kam es übrigens aufgrund völlig falscher Vorwände zur Eroberung des Irak durch den Westen, was in Russland offensichtlich als Warnung verstanden werden musste.

2004 traten auch noch Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien, also sieben weitere

zwischen dem Westen und Russland gelegene Staaten, der NATO bei und dies trotz der von führenden US-Regierungsmitgliedern gegebenen Versprechen, dass dies niemals zugelassen werden würde.

2007 hielt Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine deutliche Rede, in der er sich sehr eindringlich auf die Zusage der USA von 1990 an die Präsidenten Gorbatschow und auch Jelzin bezog, die NATO nicht weiter zu erweitern, vor allem nicht in Richtung Russlands. Von der Ukraine war in Putins Vortrag diesbezüglich noch nicht die Rede. Die von westlichen Politikern gegebenen Versprechen sind vielfach archiviert, wurden später aber immer wieder gelehnet. Die gleiche Zusage kam übrigens auch von Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands. Das Gleiche wurde auch seitens des NATO-Generalsekretärs, des US-Außenministers und sogar seitens des deutschen Bundeskanzlers zugesagt.

US-Präsident Bush stimmte dem ebenfalls zuerst zu, änderte dann aber seine Meinung und machte dies auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 öffentlich bekannt. Dabei sprach er schon die geplante Aufnahme der Ukraine in die NATO an. Auf dem NATO-Gipfel sollen die Bundeskanzlerin und der französische Präsident ihren US-Kollegen angeblich angefleht haben, von diesem Schritt Abstand zu nehmen, denn dies sei eine ungeheure Provokation. Damals wandte sich sogar auch Putin persönlich an den NATO-Gipfel, um die NATO-Mitglieder von diesem für Russland höchstgefährlichen Vorhaben dringend abzubringen, – offensichtlich